Der Kaiserbesuch in Wien.

Mit ungewöhnlicher Herzlichkeit bespricht die Wiener Presse den Besuch des deutschen Kaiserpaares in Wien. So schreibt die ‚Wiener Abendpost‘:

„Mit inniger Freude und mit verehrungsvollen Empfindungen sieht die Bevölkerung Wiens den Herrscher des mächtigen Deutschen Reiches und seine erlauchte Gemahlin in den Mauern der alten Kaiserstadt. Die Bürgerschaft erblickt in dem Besuche des deutschen Kaiserpaares die erneute und höchst eindrucksvolle Kundgebung jener treuen und innigen Freundschaft, die die beiden Herrscherhäuser und die verbündeten Reiche vereint. Wärmer denn je sind die Empfindungen, die heute den hochverehrten kaiserlichen Gästen hier und im ganzen Reiche entgegenschlagen, nachdem in der letzten bewegten Epoche der internationalen Politik das Bündnis mit dem Deutschen Reiche sich als kostbare Friedensbürgschaft,

als Segen des Weltteiles

bewährt hat. Die Völker der habsburgischen Monarchie würdigen auch mit freudigem Danke jene persönlichen Empfindungen, die der Deutsche Kaiser unserm erhabenen Herrscher entgegenbringt, und denen Kaiser Wilhelm bei der Begrüßung der deutschen Bundesfürsten im Jubeljahre so herzbewegten Ausdruck verliehen hat.“

Und die ‚P. C.‘ schreibt: „Dem Besuch des Kaisers Wilhelm beim Kaiser Franz Joseph wohnt eine politische Bedeutung inne, die die aller früheren Begegnungen der beiden Monarchen übertragt. Jede dieser Zusammenkünfte war ein Sinnbild des Österreich-Ungarn mit Deutschland seit Jahrzehnten verknüpfenden Bündnisses. Jeder kam im Lichte der jeweiligen Weltlage ihr besonderer Sinn und ihre besondere Wichtigkeit zu. Ein unvergleichlicher Glanz lag auf dem Maitage des vergangenen Jahres, an dem Kaiser Wilhelm sich mit den andern Bundesfürsten des Deutschen Reiches in Schönbrunn vereinigte, um dem Kaiser Franz Joseph aus Anlaß seines sechzigjährigen Regierungsjubiläums eine für immer denkwürdige Huldigung darzubringen. Kein früheres Erscheinen des Deutschen Kaisers in Wien hat aber hier einen so politischen Eindruck hervorbringen können, wie das jetzige, das auf die

Epoche einer internationalen Spannung

erfolgte, wie sie Europa seit langem nicht beherrscht hatte. Durch die Haltung, welche Deutschland während der Ereignisse einnahm, die sich seit dem vergangenen Herbste bis zum Anbruch dieses Frühjahrs abspielten, wurde die Balkankrise aus einer Angelegenheit Österreich-Ungarns zu einem gemeinsamen Erlebnis der Donau-Monarchie und des Deutschen Reiches sowie zu einer höchst lehrreichen Erfahrung für die gesamte politische Welt. Den Empfang, der dem Kaiser Wilhelm und der Kaiserin Auguste Viktoria von unserm Kaiser und den Mitgliedern des Kaiserhauses bereitet wird, begleiten die aufrichtigen warmen Willkommensgrüße, die ganz Österreich-Ungarn dem treuen Verbündeten und unentwegten Freunde entbietet.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Bei dem Galadiner, das aus Anlaß des Besuches des deutschen Kaiserpaares bei Kaiser Franz Joseph in der Wiener Hofburg stattfand, brachte Kaiser Franz Joseph unter Betonung der Bundestreue des Deutschen Reiches einen herzlichen Trinkspruch auf den Deutschen Kaiser aus, der in warmen Worten erwiderte. — Zwischen Kaiser Franz Joseph, Kaiser Wilhelm und dem Könige von Italien fand ein freundschaftlicher Telegrammwechsel statt.

*Wie verlautet, wird der Rücktritt des preußischen Kultusministers Dr. Holle nunmehr in kurzer Zeit erfolgen. Der Minister hat in Godesberg am Rhein eine Villa zunächst auf die Dauer von drei Jahren gemietet, sich aber das Vorkaufsrecht vorbehalten. Die Übersiedelung des Ministers soll Anfang Juni stattfinden.

*Der Bundesrat hat den Handelsvertrag mit Portugal genehmigt, der dem Reichstage alsbald vorgelegt werden soll.

*Die Budgetkommission des Reichstages hat einstimmig den Gesetzentwurf über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer angenommen.

*Bei der Reichstagsersatzwahl für den Wahlkreis Belkum—Lübinghausen siegte der Herzog v. Arenberg (Ztr.) mit 14 800 Stimmen; Westhoff erhielt 3800, Eiler (soz.) 1100 Stimmen.

Frankreich.

*In der Kammer kam es aus Anlaß des Poststreiks zu überaus stürmischen Debatten, sodaß die Sitzung zeitweise unterbrochen werden mußte. Trotzdem die Regierungsgegner (vor allem die Sozialisten Sembat und Jaurès) das Kabinett heftig angriffen und öfter den Beifall der Mehrheit hatten, endete die Sitzung mit einem Siege der Regierung, denn nach sechsstündiger Debatte nahm die Kammer eine Tagesordnung an, deren erster Teil sich gegen den Poststreik wendet und deren zweiter Teil ein Vertrauensvotum für die Regierung ausspricht. Für den ersten Teil stimmten 455 gegen 69, für den zweiten Teil 365 gegen 159 Abgeordnete. — Obwohl die verhältnismäßig kleine Anzahl der Streikenden von den Führern immer wieder ermutigt wird, kann behauptet werden, daß die Darstellung der Regierung, wonach der Streik gescheitert sei, den Tatsachen entspricht. Das zeigt sich am besten daran, daß der Post- und Telegraphenverkehr in Frankreich wenig und nach dem Ausland fast garnicht gestört ist. Ob sich aber Herr Clemenceau dieses Sieges freuen darf, ist eine andre Frage.

Rußland.

*Nach dreitägiger Verhandlung ist in Petersburg das Urteil gegen den ehemaligen Direktor des Polizeidepartements, Staatsrat Lopuchin, gesprochen worden. Der Angeklagte wurde der Teilnahme an geheimen revolutionären Verbindungen für schuldig erklärt und zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Man ist allgemein der Ansicht, daß der Zar von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch machen wird.

Balkanstaaten.

*Im Gegensatz zu russischen Meldungen wird in unterrichteten serbischen Kreisen als feststehend erklärt, daß König Peter, einer Einladung des Zaren folgend, demnächst in Petersburg eintreffen wird. Durch diese Reise soll das Ansehen Rußlands auf dem Balkan wieder gehoben werden.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag beschäftigte sich am Donnerstag zunächst mit der Berner Urheberrechtskonvention, die im November vorigen Jahres zu Berlin abgeschlossen worden ist. Staatssekretär v. Schoen leitete die Beratung mit einer kurzen Rede ein, in der er mit Genugtuung über den befriedigenden Verlauf der Konvention berichtete. Die Redner aller Parteien begrüßten die Konvention mit Freuden. Das Übereinkommen wurde in erster und zweiter Lesung angenommen, ebenso das Patentabkommen mit Nordamerika, das bestehende Ungleichheiten unter den Angehörigen beider Länder ausgleicht. Auch das neue Münzgesetz gelangte nach unwesentlicher Debatte unverändert zur Annahme. Zu längeren Debatten kam es bei der zweiten Lesung des Bankgesetzes, zu der ein Antrag Raab (wirtsch. Vgg.) vorlag, der forderte, daß die Dividende der Anteilseigner der Reichsbank im Höchstfalle nur 6 Prozent betragen dürfe, und daß von dem Reingewinn den Anteilseignern nur 15 Proz. statt der vorgesehenen 25 Proz. zukommen sollen. Die Redner der Linken und auch das Zentrum wandten sich gegen den Antrag, worauf die Weiterberatung vertagt wurde.

Am 14. d. steht auf der Tagesordnung die Weiterberatung der Bankgesetz-Novelle.

Dieselbe beginnt mit der namentlichen Abstimmung über den Antrag Raab (wirtsch. Vgg.), wonach von dem nach Abzug der 3½prozentigen Präzipual-Dividende der Reichsbank-Anteilseigner verbleibenden Rest des Reingewinnes die Anteilseigner nur 15 Prozent (statt 25 Prozent) erhalten sollen. Auch soll die Gesamtdividende der Anteilseigner im Höchstfalle nur 6 Prozent betragen dürfen. Die Abstimmung ergibt Ablehnung des ersten Teiles des Antrages Raab mit 177 gegen 142 Stimmen. In seinem zweiten Teil (Höchstgrenze der Gesamtdividende) wird der Antrag, ebenfalls namentlich, mit 249 gegen 74 Stimmen abgelehnt.

Sodann wird der hiernach unverändert gebliebene Artikel 1 — Verteilung des Reingewinns der Reichsbank — angenommen.

Artikel 2, der das steuerfreie ungedeckte Notenkontingent der Reichsbank auf 550 Mill. Mk. festsetzt und im zweiten Absatz dieses steuerfreie Notenkontingent für die Quartalstermine um 200 Mill., also auf 750 Mill., erhöht, wird nach Bemerkungen der Abgeordneten Arendt (freikons.), Weber (nat.-lib.), des Reichsbankpräsidenten Havenstein und des Abg. Raab (wirtsch. Vgg.) unter Aufrechterhaltung des zweiten Absatzes unverändert angenommen.

Artikel 3, der den Reichsbanknoten den Charakter als gesetzliches Zahlungsmittel verleiht, wird nach kurzer weiterer Debatte unverändert genehmigt.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Beratung genehmigt.

Eine Resolution auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Gefahren, die dem Publikum durch Banken und Bankiers erwachsen, die zur Anlage von Depositen oder Spargeldern durch öffentliche oder schriftliche Aufforderungen oder durch Agenten anreizen, wird gleichfalls widerspruchslos angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Viehseuchengesetzes.

Beim § 4 erklärt auf Beschwerden des Abg. Lehmann-Jena (nat.-lib.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Der Vorredner begreift nicht unser Verhalten zu der Frage der Heranziehung von Laien. Aber eine Sachverständigen-Kommission garantiert doch viel mehr eine rasche Erledigung von Beschwerden. Über eine Anhörung Beteiligter über allgemeine Grundsätze habe ich mich schon mit den Einzelregierungen in Verbindung gesetzt, und damit werden Sie sich, wie ich hoffe, wohl zufrieden geben können. Was die Maßnahmen zur Abwehr von Seuchen-Einschleppungen aus dem Auslande anlangt, so werden diese Maßnahmen gar nicht in der Hand untergeordneter Personen liegen. Es ist also auch der Verdacht ausgeschlossen, daß der Handel durch unzweckmäßige Maßnahmen unnötig eingeengt werden könnte. Auch ich glaube, Sie nur bitten zu können, das Gesetz in vorliegender Fassung anzunehmen.

Abg. Scheidemann (soz.): Dieses Gesetz enthält Bestimmungen, die ihm eigentlich den Charakter eines gemingefährlichen Gesetzes gegen die Einfuhren aus dem Auslande, eines Gesetzes gegen die Volksernährung verleihen. Gesundes Fleisch wollen auch wir haben. Wir wollten durch Laien-Heranziehung die Tierhalter gegen schikanöse Behandlung geschützt und eine solche Laien-Kommission in das Gesetz eingefügt sehen.

Abg. Freiherr v. Pfetten (Zentr.) wendet sich gegen diese sozialdemokratischen Übertreibungen.

Abg. Hahn (kons.): Unsre Viehzucht ist der wichtigste Erwerbszweig, den es in Deutschland gibt. Unsere Viehzucht hat außerordentliche Fortschritte gemacht, ebenso die Zahl der darin beschäftigten Personen. Unsere Politik gegen die Einschleppung von Seuchen aus dem Ausland hat vorzugsweise dazu beigetragen. Der Gesundheitszustand in unserm Tierbestand ist wesentlich besser geworden, dank auch dem früheren Minister v. Podbielski.

Preuß. Landw.-Minister v. Arnim: Es ist erfreulich, daß die Kommission zu einer Einigung gekommen ist. Was die Aufbringung der Kosten anlangt, so kann ich namens aller verbündeten Regierungen erklären, daß sie das belastende Aufbringungsverfahren nirgends zuungunsten der Tierhalter abändern werden, auch dann nicht, wenn erhebliche Mehrkosten in Betracht kommen sollten.

Abg. Erzberger (Zentr.) empfiehlt das Gesetz unverändert zur Annahme. Die Einführung von Laien-Kommissionen sei bedenklich. Am besten wäre es, man faßte das Gesetz in zwei Paragraphen: § 1, die Polizei kann machen was sie will; § 2, der Staat zahlt allen Schaden, den die Polizei anrichtet!

Minister v. Arnim: Ich kann nur sagen, daß ein Gesetz so, wie der Vorredner es wünscht, daß den Einzelstaaten alle Lasten auferlegt werden, die Zustimmung der preußischen Regierung nicht finden würde. Was würden dann dem Staate für Apotheker-Rechnungen vorgelegt werden!

Abg. Roesicke (B. d. L.): Die Worte des Herrn Erzberger sind uns aus der Seele gesprochen. (Heiterkeit links.) Ja, weshalb lachen Sie? Das ist doch nichts Humoristisches. Wir sind in der Kommission nur sehr ungern zurückgewichen. Nur wegen des „Unannehmbar!“. Es ist ungerecht, für Maßregeln im Interesse der Allgemeinheit die Landwirtschaft die Kosten tragen zu lassen.

Ein Konflikt in der Reichsfinanzkommission.

Die Sitzung der Reichsfinanzkommission am 13. d., in der nach Übereinkunft aller Parteien die Regierungsvorlage betr. Erhöhung der Tabaksteuer zur Beratung stand, endete mit einem Konflikt zwischen dem Vorsitzenden Dr. Paasche und der Mehrheit der Kommission.

Dr. Paasche legte den Vorsitz nieder,

den der bisherige stellvertretende Vorsitzende Abg. Dr. Spahn, der Führer des Zentrums, übernahm. Die Beratung, die eine so unerwartete Wendung nahm, hatte folgenden Verlauf:

Nachdem der Regierungsvertreter für die Banderolensteuer eingetreten war, beantragten die Konservativen die Abstimmung über den einschlägigen § 2 des Regierungsentwurfs auszusetzen und in die Beratung der übrigen Paragraphen einzutreten unter Verwendung der neuen Vorschläge des Zentrums. Die Nationalliberalen und Freisinnigen wünschten demgegenüber, diese letzteren der zweiten Lesung vorzubehalten und zunächst über die Banderole allein abzustimmen, damit nicht zwei Entwürfe als Ergebnis aus der ersten Lesung hervorgehen. Die Hauptsache sei, eine Entscheidung über die Banderole herbeizuführen. Der Vorsitzende hielt die Beratung eines zweiten Entwurfs geschäftsordnungsmäßig in dieser Lesung nicht für zulässig, es könne höchstens die Vorlage eines weiteren Entwurfs für die zweite Lesung beschlossen werden.

Ein Antrag des Vorsitzenden Dr. Paasche, nunmehr die ausgesetzte Abstimmung über den Entwurf der Unterkommission vorzunehmen, wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt und mit den Stimmen der Konservativen, der Reichspartei und des Zentrums ein andrer Antrag angenommen, die Beratung der Banderole-Vorlage fortzusetzen. Dieses Verfahren erklärte der Vorsitzende Dr. Paasche für

geschäftsordnungswidrig.

Abg. Paasche legte darauf den Vorsitz nieder, den der stellvertretende Vorsitzende Dr. Spahn übernahm. Namens der nationalliberalen Mitglieder der Kommission erklärte darauf Abg. Dr. Weber, seine Parteifreunde könnten unter diesen Umständen an den weiteren Beratungen der Banderole-Vorlage sich nicht mehr beteiligen. Die gleiche Erklärung gaben Freisinnige und Sozialdemokraten ab. Als die Nationalliberalen sich darauf anschickten, das Kommissionszimmer zu verlassen, wurde von den Zurückbleibenden Vertagung beschlossen. In den Kreisen der nationalliberalen Fraktion betrachtet man mit diesen Vorgängen den

Bruch innerhalb der Blockparteien

für endgültig.

Ein Mitglied der nationalliberalen Reichstagsfraktion erklärte einem Mitarbeiter des ‚B. L.-A.‘ in bezug auf diese neueste Krise, daß sich die Tragweite dieses Vorkommnisses noch gar nicht übersehen lasse.

Die Stellung des Reichskanzlers zur Krise.

Es dürfte am Reichskanzler sein, entscheidende Schritte zu tun, um die nebelhafte Lage aufzuhellen. Welchen Weg er wählt, ob den des eigenen Abganges, oder den der in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit besprochenen Abdankung des Reichsschatzsekretärs Herrn Sydow, oder aber den Weg der Vermittelung, läßt sich heute noch nicht übersehen.

Eisenbahnkatastrophe im Oberelsaß.

Auf der Strecke Mülhausen—Kolmar i. E. hat sich in der Nähe der Station Herlisheim ein folgenschweres Eisenbahnunglück ereignet. Ein Güterzug geriet infolge Explosion der Lokomotive in Brand und entgleiste. Der D-Zug Basel—Amsterdam fuhr auf den brennenden Güterzug auf, geriet in Flammen und stürzte die Böschung hinab. Fünf Personen wurden getötet und zahlreiche Passagiere schwer verletzt. Die meisten Fahrgäste stürzten mit dem D-Zug in einen Sumpf.

Wandlungen des Glückes.

9] Roman von Luise Voigt.

(Fortsetzung.)

Unwillkürlich ruhten alle Federn und eine tiefe Stille herrschte im Kontor, so daß man genau die scharfe Stimme Bauers unterscheiden konnte:

„Tun Sie jetzt, was Sie wollen, Herr Warnfeld, es war meine heiligste Pflicht, Sie aufmerksam zu machen, — ich habe dieselbe zur Genüge erfüllt; von heute ab sage ich kein Wort mehr.“

„Um so angenehmer wird es mir sein,“ entgegnete spöttisch der Großhändler, dann hatte sich die Tür geöffnet, und der Buchhalter war herausgetreten.

Dunkle Röte der Aufregung lag auf seinem Antlitz, — schweigend war er zu seinem Pult getreten, schweigend hatte er die Bücher in die Kasse gelegt und dieselbe verschlossen, dann aber nach Hut und Stock gelangt und war, obgleich noch viel Zeit bis zum Bureauschluß fehlte, mit kurzem Gruße aus dem Gemach geschritten.

Verwundert waren ihm damals die Blicke der jungen Leute gefolgt, denn es war noch nie vorgekommen, daß Herr Bauer zu ungewöhnlicher Stunde seinen Platz am Schreibtisch verlassen hatte, war er doch gewöhnlich der Erste, der kam, und der Letzte, der ging. Heute mußte etwas ganz Besonderes vorgefallen sein, was ihn veranlaßte, seiner jahrelangen Gewohnheit entgegen zu handeln. Leise Bemerkungen waren deshalb auch von Pult zu Pult geflogen. Jeder wußte, daß etwas in der Luft lag, aber niemand wußte, was es war.

Kurze Zeit darauf kam Herr Warnfeld aus seinem Zimmer heraus, machte mit scharf verweisenden Worten einen jungen Kontoristen auf einen von ihm gemachten Fehler aufmerksam und wandte sich schließlich auch an die übrigen anwesenden Beamten, indem er tadelnd sagte:

„Ich muß leider bemerken, meine Herren, daß ich mit den allgemeinen Leistungen jetzt viel weniger zufrieden bin, als dies in früherer Zeit der Fall war. Ich finde, daß mehrere unter Ihnen sich zu viel um Dinge kümmern, die Sie durchaus nichts angehen und darüber Ihre Arbeiten gänzlich vernachlässigen. Ich will heute noch keine Namen nennen, sollte ich aber später abermals Ursache zur Klage finden, so müßte ich durchgreifende Veränderungen im Kontor vornehmen. — Merken Sie sich meine Worte und teilen Sie dieselben auch den übrigen, hier nicht anwesenden Herren mit.“

Ein scharfer Blick des Großhändlers hatte bei dieser Rede den leeren Schreibtisch Bauers gestreift, dann stellte er noch einige geschäftliche Fragen und kehrte in sein Arbeitszimmer zurück.

Kaum hatte er die Tür geschlossen, so sprach sich das allgemeine Erstaunen in leisem Flüstertone aus:

„Was hat nur der Alte, was geht da vor? Was hat es mit Bauer gegeben?“ so fragte man von Pult zu Pult. Jeder fühlte, daß die schlechte Laune Warnfelds nur eine Folge seiner Unterredung mit dem Oberbuchhalter war, und daß viele Worte nur direkt für denselben bestimmt waren.

Als am nächsten Morgen Herr Bauer wieder ruhig an seinem Schreibtisch saß, hatte keiner der übrigen Herren den Mut, eine Frage an ihn zu richten, man begnügte sich einfach damit, ihm zu erzählen, wie wild gestern abend „der Alte“ gewesen war. Mit gerunzelter Stirn hörte der Oberbuchhalter zu, dann aber sagte er nach einer Pause ganz ruhig:

„Nun, Herr Warnfeld mag vielleicht Ursache haben, mit irgend etwas unzufrieden zu sein, ich weiß übrigens von der ganzen Sache nichts und kümmere mich auch nicht darum.“

Damit war die Sache erledigt; keiner der Beamten machte weiter eine Bemerkung, und alles nahm wieder seinen gewohnten Lauf.

Auch Herr Warnfeld schien das Vorgefallene vergessen zu haben, im Gegenteil, war er gegen seinen Buchhalter von besonderer Liebenswürdigkeit. Dieser blieb sich immer gleich und saß nach wie vor ruhig an seinem Schreibtisch. In das Arbeitszimmer seines Chefs war er aber seit jenem Tage nicht mehr gegangen.

Auch heute schien er in seine Briefe und Rechnungen ganz vertieft und bemerkte den Eintritt Leo Warnfelds erst, als der junge Mann bereits an seiner Seite stand und freundlich grüßend ihm die Hand entgegenstreckte.

Jetzt erhob er sich rasch von seinem Sitz, schüttelte mit sichtbarem Vergnügen die dargereichte Rechte, indem er rief:

„Nun, das ist schön von Ihnen, junger Herr, daß Sie wieder einmal nach Hause kommen, aber nicht wahr, jetzt bleiben Sie schon ganz da und treten als Teilnehmer in die Firma?“

Ein düsterer Schatten überflog bei diesen Worten des Buchhalters das Antlitz Leos:

„Leider bin ich abermals nur für wenige Tage hier,“ entgegnete er ernst, „und von einem Eintritt in die Firma ist vorderhand keine Rede; Papa wünscht, daß ich noch längere Zeit in London bleibe. Auch ich selbst fühle mich in meiner dortigen Stellung so zufrieden, daß ich sobald keine Änderung herbeisehne. Sie wissen doch, Herr Bauer, daß ich seit einem Jahre aufgehört habe, Volontär bei den Gebrüdern James zu sein und daß ich als angestellter Beamter bei Ihnen arbeite?“

„Das wußte ich allerdings bis heute noch nicht,“ antwortete staunend der Buchhalter, „der Herr Vater erwähnte nie etwas davon.“

„Das glaube ich gerne,“ entgegnete lächelnd der junge Mann, „denn er selbst hat es erst vor kurzer Zeit erfahren. Mir war es schon unangenehm, mich als Volontär nur wie ein überflüssiges Objekt behandelt zu sehen. Ich sehnte mich nach einer festgeregelten Beschäftigung, und die Herren James kamen meinen Wünschen entgegen, indem sie, wie sie sagten, meine Arbeitskraft so gut verwenden können, daß es ihnen widerstrebe, mich länger unentgeltlich für sich arbeiten zu lassen. Da ich aber wußte, daß Papa sicher damit einverstanden wäre, mich in fremden Diensten zu sehen, so teilte ich ihm erst vor kurzem die bereits lange vollzogene Tatsache mit. Nun konnte er nichts mehr daran ändern, und ich war endlich un-

SLUB Wir führen Wissen. STADT BIBLIOTHEK BAUTZEN BUDYŠIN